

Verantwortlicher Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: M. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Nachen 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

## Abend-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten  
 Deutschlands: H. Möse, Gaalenstein & Vogler, G. L. Daube,  
 Invalidentend. Berlin: Verh. Andt, Mar. Gerstmann,  
 Oberfeld H. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S.  
 Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner,  
 William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.  
 Gebr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

### Der Terminhandel im Getreide.

Ueber das von der Reichstags-Kommission beschlossene Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide bringt jetzt die „Nat.-Lib. Korr.“ den folgenden Artikel:

Der umgestaltete Paragraph trägt alle Kennzeichen einer unfertigen Arbeit an sich. Im Abs. 1 wird „der börsenmäßige Terminhandel“ in Getreide und Getreidefabrikaten, der Terminhandel in Getreide und Getreidefabrikaten, unterlagert. Nach Abs. 2 ist ferner, der Terminhandel in Getreide und Getreidefabrikaten, unterlagert. Nach Abs. 3 ist es wieder „der börsenmäßige Terminhandel“, und zwar in Getreide und Getreidefabrikaten, der „unterlagert“ ist. Und trotzdem soll nach Abs. 4 der Bundesrat, „die allgemeinen Lieferungsbedingungen des im Börsenterminhandel zu liefernden Getreides“ feststellen. Man braucht nur auf diese redaktionellen Schwächen und sachlichen Widersprüche hinzuweisen, um erkennen zu können, daß nicht einmal die Kommission den § 46 des Entwurfs (§ 47 der Kommissionsbeschlüsse) in dieser Form aufrecht erhalten kann. Was insbesondere den Absatz 3 (Verbot des börsenmäßigen Getreide-Terminhandels) betrifft, so empfiehlt es sich, immer in Erinnerung zu behalten, wie es überhaupt zu diesem Beschlusse gekommen ist. Von nationalliberaler Seite ging ursprünglich und geht auch jetzt noch das Bestreben dahin, durch gesetzliche Anordnung den börsenmäßigen Getreide-Terminhandel vor Ausartungen zu bewahren, wie sie gerade an der Berliner Produktenbörse sich immer wiederholen. Nicht nur die „Agrarier“, auch die Produzentenmärkte in Ost und West haben fast einhellig darüber ihren Unmuth zu erkennen gegeben, und zum Theil auch den Schluß daraus gezogen, daß es besser sei, auf den Lieferungsvertrag, also auf den Terminhandel in effektiver Waare, zurückzufahren, wenn es gesetzgeberisch unmöglich sein sollte, den börsenmäßigen Terminhandel in Getreide von seinen Auswüchsen zu befreien. In letzterer Hinsicht lag nun seit Monaten ein sehr planvoller Vorschlag vor, der von dem Verfasser der Westmühle Hameln ausgegangen war: einerseits zu verlangen, daß in jedem Schlußschein Gattung und Ursprung der gehandelten Waare und das Erntejahr derselben bezeichnet werde, andererseits die Lieferungsbedingungen für Getreide durch Sachverständige feststellen zu lassen. Die Kommission des Herrn Meyer-Hameln entwarf ein Antrag Dr. von Cunn, Graf von Driola und Blache in der Kommission; er verlangte desfalls die gesetzliche Feststellung der erwähnten Anforderungen an den Getreide-Terminhandel, weil das Verhalten der Regierungsinstitute in der Kommission bis dahin nicht das Vertrauen geweckt habe, daß der Bundesrat bzw. die preussische Regierung von ihrer allgemeinen Befugnis, die Bedingungen des Waarenterminhandels zu beschließen, entzogenen Gebrauch machen würde. In der That bekämpften die Regierungsinstitute den nationalliberalen Antrag mit dem ungefähren Bemerkens: dann könne man den Börsen-Terminhandel in Getreide gleich ganz verbieten. So wenig förderlich diese Tonart erscheinen kann, so besteht doch ernsthaft kaum ein Zweifel, daß auf dem Boden des Westmühlenschlusses ein Kompromiß gefunden werden muß, dem gegenüber die Regierung dann allerdings die Verantwortung über das endliche Schicksal der Vorlage haben würde. Einstweilen hatte das abweichende Verhalten der Regierung gegen den Antrag von Cunn u. Gen. die fast selbstverständliche Folge, daß ein Vakuum geschaffen wurde, und zwar war es der Zentrumsabg. Schwarze, der — für die erste Lesung — beantragte, den börsenmäßigen Terminhandel in Getreide einfach zu verbieten. Aber dieser Antrag Schwarze war in gegenüberstehendem Sinne so wenig haltbar, daß die nationalliberalen Mitglieder der Kommission sich einigten, eine bessere Fassung dafür vorzuschlagen, die demnachst auch eine Mehrheit fand. Es kommt nur darauf an, wie weit bis zur zweiten Lesung eine Vereinbarung über Reform statt Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide unter den Mehrheitsparteien herbeigeführt werden kann, und zwar über eine Reform, die offenkundigen, auch vom berechtigten Getreide-Terminhandel befreit, schweren Schäden wirksam beikommt. Denn auch im Plenum des Reichstages liegen die Verhältnisse so, daß nur eine solche wirksame Reform die Zustimmung einer Mehrheit finden würde. Unseres Erachtens wäre es gemeinsame Aufgabe aller praktischen Freunde des ehrbaren Handels, das Zustandekommen eines solchen Kompromisses durch sachgemäße Erörterungen der hierzu gemachten Vorschläge zu fördern.

Aus dieser Darlegung entnehmen wir das Eine mit Genugthuung, daß die nationalliberale Fraktion es, mindestens vorläufig, ablehnt, für das von ihren Vertretern in der Kommission beantragte Verbot einzutreten. Mit dem Wunsche, daß gegen wirkliche Mißbräuche wirksame Vorkehrungen getroffen werden möchten, wird alle Welt einverstanden sein; es darf aber nicht die Alternative so gestellt werden, daß entweder unter diesem Titel Vorschläge angenommen werden müßten, welche mit den wirtschaftlichen Zwecken des Terminhandels unvereinbar sind, oder daß das Verbot des letzteren doch unvermeidlich sein werde. Der Vorschlag des Herrn Meyer-Hameln ist unseres Erachtens in seinem ersten Theil mit den wirtschaftlichen Zwecken des Getreide-Terminhandels unvereinbar. Wir können deshalb die ablehnende Haltung der Regierungsinstitute diesem Vorschlag gegenüber nicht mißbilligen.

### Die Niederlage der Italiener bei Abba Garima.

Rom, 3. März.

Die italienischen Blätter stimmen darin überein, daß General Baratieri, als er die für die Expeditionstruppen unglückliche Schlacht bei Abba Garima, unweit Adua, wagte, der Versuchung unterlegen sei, sich vor der Ankunft des neuen Oberbefehlshabers, Generalis Baldissiera, durch eine große militärische Unternehmung hervorzutun.

„Tribuna“, „Fanfulla“ und „Esercito“ veröffentlichten Sonderausgaben, in denen sie einstimmig dem Vertrauen Ausdruck geben, daß das Land sich stark zeigen werde, und erklären, daß der Angriff Baratieris unverständlich sei.

„Esercito“ schätzt, daß von italienischen Truppen 15 000 Mann und 10 Gebirgsbatterien mit 52 Geschützen am Gefechte theilgenommen haben. „Fanfulla“ sagt, der größte Theil der Geschütze müßte wohl vor dem Rückzuge unbrauchbar gemacht oder in die Schluchten gestürzt worden sein. „Esercito“ behauptet, die Schaner hätten die italienischen Truppen auf dem Rückzuge nicht verfolgt. General Baldissiera werde morgen in Massowah eintreffen. Nach dem „Fanfulla“ und dem „Esercito“ würde der Jahrgang 1872 zu den Waffen eingezogen werden. Die „Tribuna“ erklärt, das Parlament müßte die Angelegenheit mit Ruhe beraten.

Die Bevölkerung ist schmerzlich bewegt, aber ruhig; die Stadt zeigt ihr gewohntes Aussehen. König Humbert ist nachmittags hier eingetroffen und von allen Ministern und den Spitzen der Behörden empfangen worden; der König wurde von der Menge lebhaft begrüßt. Bemerkenswerth ist das Verhalten des Papstes aus Anlaß der Vorgänge in der Kolonie Grighia. Nach dem heidnischen Tode des Majors Toselli und eines Theiles seiner tapferen Schaar bei Abba Garima wurden in Rom und anderwärts in Italien auf Anordnung Leo's XIII. Trauergottesdienste veranstaltet, an denen Kardinäle und Bischöfe theilnahmen. Der Papst befandete damals bereits, daß er trotz aller Gegenstände zwischen Vatikan und Quirinal doch als Italiener mitfühlt. In demselben Zusammenhang wird nunmehr telegraphirt:

„Auf Anordnung des Papstes wurde das „Te Deum“, welches heute nachmittag zur Feier des Jahrestages der Papstkrönung in der Peterskirche stattfand, wegen der Unglücksnachrichten aus Afrika auf den nächsten Sonntag verschoben.“

Daß General Baratieri in der That sich ganz plötzlich entschied, eine Schlacht zu liefern, ergibt sich aus den Mittheilungen des römischen Korrespondenten der „National-Zeitung“. Die lautet:

„Wie ich aus bester Quelle erfahre, despeicht General Baratieri noch am 29. Februar, 4 Uhr nachmittags, die Positionen der Schaner waren unantastbar, und er verfügte nur über 20 000 Mann. Abends beschloß er dann, ohne weiter auf die Regierung zu despeichern, plötzlich, am nächsten Morgen früh die Schlacht zu liefern. Wahrscheinlich erfolgte diese Entscheidung, weil er inzwischen des Generalis Baldissiera Ernennung zum Oberbefehlshaber erfahren hatte. Der Ministerrat schien heute nicht ganz einig betreffs der Sendung neuer Truppenverstärkungen. General Baldissiera wird morgen nachmittags in Massowah landen. Eine neue Vertagung der Kammer wird nicht erfolgen; die Eröffnung des Parlamentes wird thatsächlich am Donnerstag stattfinden.“

Ein Korrespondent des „N. Z.“ traf heute nachmittag mit einem befreundeten höheren Offizier zusammen, der mir über die Stimmung im Offizierkorps und die Lage überhaupt berichtete. Die Offiziere sind über Baratieri außer sich. Ja sie sprechen dringend den Wunsch aus, Baratieri möge, wenn er noch am Leben sei, vor ein Kriegsgericht gestellt und standrechtlich erschossen werden. Wie die Dinge momentan liegen, sei nur noch die Vertheidigungslinie Asmara-Schianetti möglich. Die Provinz Deula sei verloren. Aus Kassala müßte die Garnison zurückgezogen werden. An einen neuen Vorstoß gegen die Abessinier sei aber in diesem Jahre nicht mehr zu denken. Wollte Italien (was es im Interesse seiner Nationallehre unbedingt müsse) Grighia halten, so müsse es mindestens hunderttausend Mann nach Afrika schicken, wie dies übrigens auch General Baldissiera stets beantragt hätte. Italien habe bereits vierzehn Millionen Schulden, eine Milliarde mehr habe nichts zu bedeuten. Auf Baldissiera liegt das Offizierkorps große Hoffnungen. Es werde, so meint mein Gewährsmann, ihm zweifellos gelingen, zu retten, was noch zu retten sei. Besonders bezeichnend war, was mein Gewährsmann erklärte, und was ich heute früh auch von anderen Offizieren hörte: „Wir führen in Afrika nicht gegen Menelik Krieg, sondern gegen die Franzosen.“ Die Wuth gegen die Franzosen ist bei den italienischen Offizieren so gesteigert, daß mein Gewährsmann sagt, wenn es zum Krieg gegen Frankreich käme, würde jeder italienische Offizier mit Freude Bett und Domb verkaufen! „So wie ich“, schloß er, „denken alle meine Kameraden.“

Weiter liegen folgende telegraphische Nachrichten vor:

Rom, 3. März. Crispi bot dem König die Demission des Kabinetts an. Der König lehnte ab und bat Crispi, sich mit dem Ministerium der Kammer vorzustellen, um ein Vertrauensvotum zu probieren.

In Rom fanden Straßenkumfungen statt, die die Polizei unterdrückte. In Neapel zogen Studenten unter Führung des Abgeordneten Colajanni nach der Präfektur. Ueberall macht das Ereigniß tiefen Eindruck. Nirgends kam es aber zu ernstlichen Aufbegehren.

Die „Opinione“ bezeichnet die Verluste als bedeutend, sie hofft jedoch, daß beträchtliche Truppentheile sich retten oder gefangen genommen wurden. Eine große Anzahl Verwundeter erreichte Adigrat. General Elena ist verwundet. Der „Opinione“ zufolge ist es unwahrscheinlich, daß Adigrat gefallen ist, doch wird man das Faktum vermutlich aufgeben, um nicht ein neues Morale zu schaffen. Asmara ist vollständig armirt und bereit, eine große Truppenmacht aufzunehmen. Das besetzte Lager von Asmara ist mit schwerstem Geschütz sowie zahlreicher Munition versehen. Asmara wird also die Basis für die italienische Armee bilden. Baldissiera wird erst morgen in Massowah landen. Inzwischen übernahm Lambertini den Oberbefehl. Das das Nothe Meer kreuzende Geschwader erhielt Ordre, sich nach Massowah zu begeben und sich dem Gouverneur für alle Fälle zur Verfügung zu stellen.

### Deutschland.

Berlin, 4. März. Ganz besondere Ehrungen hat der Kaiser für den verstorbenen General und Admiral Albrecht von Stosch angedordnet. Eine Kabinetsordre an den Reichskanzler (Reichsmarineamt) verfügt:

„Ich bestimme hierdurch: Um das Andenken des dahingeschiedenen Generals der Infanterie mit dem Range eines Admirals von Stosch,

welcher sich in den hervorragenden Dienstleistungen und besonders während seiner mehr als elfjährigen Thätigkeit als Chef der Admiralität hohe Verdienste um die Marine und das Vaterland erworben hat, zu ehren, haben die Offiziere meiner Marine vom Tage des Eingangs dieser Ordre ab 3 Tage Trauer — Mor um den linken Unterarm — anzulegen. Bei den Offizieren meines Schiffs „Stosch“ dauert diese Trauer 8 Tage. Außerdem sind seitens des Seecoffizierkorps und des 1. See-Admirals, à la suite deren der Verstorbene gestanden hat, Abordnungen, bestehend für das See-Offizierkorps aus einem Vize-Admiral, einem Kapitän zur See, einem Korvetten-Kapitän, einem Kapitän-Lieutenant, einem Lieutenant zur See, einem Unter-Lieutenant zur See und für das 1. Seebataillon aus dem Bataillons-Kommandeur, einem Hauptmann, einem Premierlieutenant und einem Sekondelieutenant, zu den Besichtigungsfeierlichkeiten nach Ostfriesland zu entsenden. Mein Schiffs „Stosch“ hat bis nach erfolgter Beilegung die Flagge halbstochs zu setzen. Der Reichskanzler (Reichsmarineamt) hat diese meine Ordre der Marine bekannt zu machen. Um das Ober-Kommando der Marine habe ich verfügt.

Berlin, den 2. März 1896.

Wilhelm.  
 An den Reichskanzler (Reichsmarineamt).  
 In Ausführung dieser Kabinetsordre, sind zur Theilnahme an den Besichtigungsfeierlichkeiten der Chef des 1. Geschwaders, Vize-Admiral Köster, der Kapitän zur See v. Schumann, der Korvetten-Kapitän von Haffern und der Major v. Hennigs kommandirt. Vom Ober-Kommando der Marine wird der Chef des Stabes, Konter-Admiral von Diederichs an den Feierlichkeiten theilnehmen. Auf besonderen Befehl des Kaisers ist ferner eine Deputation der 2. Marine-Division und vom 1. Seebataillon kommandirt.

— Prinz Georg von Sachsen, Generalfeldmarschall, kommandirender General des 12. (sächsischen) Armeekorps und Generalinspektor der 2. Armee-Inspektion, feiert bekanntlich am 4. März sein 50-jähriges Militärdienst-Jubiläum. Da dieser Tag im Königreich Sachsen jedoch auf den Vortag fällt, so wird die Armee den Jubiläumstag erst am 8. d. Mts. festlich begehen.

Bei dem Staatsminister Dr. Bosse fand Montag Abend eine größere Feststafel statt, bei der dem Minister der künftiger hergestellte Ehrenbürgerbrief der Stadt Duedlinburg durch eine Deputation des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung überreicht wurde. In dem großen Saale des Kultusministeriums war die Tafel mit mehr als 50 Konvents gedeckt. Vorher fand der „Kreuz-Zeitung“ zufolge, die Ueberreichung des Ehrenbürgerbriefes durch den ersten Bürgermeister Voss statt, auf dessen längere Ansprache der Minister dankend in warmen Worten erwiderte. Bei der Tafel brachte Minister Dr. v. Bötticher, Ehrenbürger der Stadt Straßburg, das Hoch auf den Kaiser aus. Der erste Bürgermeister von Duedlinburg, Bann, toastete auf den Minister Dr. Bosse, dieser auf die Stadt Duedlinburg und deren Bürgerchaft, der Dichter Julius Wolff, ein geborener Duedlinburger, auf die Frau Minister Bosse, und der Finanzminister Dr. Miquel auf das deutsche Bürgerthum. Der Duedlinburger Deputation gab der zweite Trinkspruch des Ministers Dr. v. Bötticher.

— Die klerikale „König. Volksztg.“ hatte es in ihrer Nummer vom 25. Februar als eine Angehörigkeit bezeichnet, wenn katholische Soldaten veranlaßt würden, bei den GEschehen der Kirche anzufassen, wie dies aus einer reichs-ländlichen Garnison berichtet wurde. Der „Reichs-Luz.“ schreibt: „In dieser Mittheilung ist zu bemerken, daß das Anerkennen ist zu Vermittlung des Anfalls der Bibeln und Neuen Testamente in der Armee auf die evangelischen Soldaten beschränkt ist.“

— Die durch die Blätter gehende Nachricht, daß der preussische Finanzminister sich bereit erklärt habe, die Staatsausgaben für die Durchführung des Verheirathungs-Gesetzes um eine Million zu erhöhen und daß die Summe Verwendung finden solle, um denjenigen Soldaten, bei denen die Kürzung der Staatsbeiträge Zuschläge zur Einkommensteuer über einen bestimmten Satz hinaus erforderlich würde, einen entsprechenden Ausgleich zu bieten, entbehrt der thatsächlichen Unterlage. Es handelt sich bei diesen Nachrichten augenscheinlich um Vermittelungs-Vorschläge, welche in der Mitte der mit der Vorberatung des Gesetzesentwurfs betrauten Kommission erörtert werden und von denen man hofft, daß sie im Prinzipie einem Widerspruch seitens der Staatsregierung nicht begegnen würden.

— Dem Reichstage ist eine zweite Petition des Vereins deutscher Zeitungsverleger u. Gen. zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs zugegangen. Die Reichstagskommission hat bei Beratung der Vorlage in zweiter Lesung folgenden Antrag vorgebracht angenommen: „Erfolgt die öffentliche Bekanntmachung in einer periodischen Druckschrift, so ist der Anspruch auf Erlass des entstandenen Schadens gegen die für den Inhalt der Druckschrift verantwortlichen Personen nur zulässig, wenn der verantwortliche Redakteur die Unrichtigkeit der Angaben kannte, oder wenn derselbe einen Verfasser oder Einreicher nicht nachweist, welcher sich im Bereich der richterlichen Gewalt eines deutschen Bundesstaates befindet.“ Hierzu wird in der jetzigen Petition des genannten Vereins, wie auch schon in der früheren, gebeten: hinter dem zweiten Absatz des § 1 folgende Bestimmung einzufügen: „Ansprüche auf Unterlassung der unrichtigen Angaben und auf Schadenersatz können gegen diejenigen Personen, die bei der Herstellung und Verbreitung einer Druckschrift als Verleger, Drucker oder deren Angestellte mitgewirkt haben, dann nicht geltend gemacht werden, wenn die unrichtigen Angaben im Auftrage eines Dritten in die Druckschrift aufgenommen worden sind und dies aus der Art der Bekanntmachung selbst erkennbar hervorgetreten ist.“

— Die Diözesanpost vom abessinischen Kriegsschauplatz ist ganz darnach angethan, die ersten Verurtheilungen wegen des Schicksals der Italiener in Ostafrika gerechtfertigt erscheinen zu lassen. General Baratieris Bericht über die am 1. März den Schanern gelieferte Schlacht

ist zwar möglichst behutsam redigirt, dennoch ist aus demselben soviel mit Leichtigkeit zu ersehen, daß der Angriff der Italiener auf die gegnerischen Stellungen mißlang, daß der Feind unter geschickter Ausnutzung der Terrainvortheile die Italiener auf beiden Flanken überflügelte, zum Rückzuge zwang und ihnen sogar ihre Gebirgsartillerie wegnahm. Der Kampf muß ein äußerst heftiger und verlustreicher gewesen sein, da bei der oft genug bewiesenen glänzenden Tapferkeit auf italienischer Seite nicht anzunehmen ist, daß den Schanern auch nur ein Fuß breit Terrain ohne zwingende Nothigung der Verhältnisse preisgegeben sein könnte. Die Folgen dieser schweren Niederlage des Baratieri'schen Korps lassen sich einstweilen garnicht übersehen. Der Feldzug gegen den Negus ist für dieses Mal endgültig abgebrochen, da die Zeit fehlt, um vor Eintritt der ungünstigen Saison noch irgend etwas unternehmen zu können. In Italien wird das Geschehene einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hervorrufen und alle patriotischen Elemente zu dem unerschütterlichen Entschlusse um den König und dessen Regierung scharen, alles an die Ausweitung der erlittenen Scharte und an Wiederherstellung des Prestiges der italienischen Waffen zu setzen. Es giebt Situationen, welche die Standhaftigkeit der Völker auf schwere Proben stellen. Eine solche Situation ist jetzt für Italien in Afrika eingetreten.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: Durch die Presse läuft die Mittheilung, daß das Reichsbank-Direktorium kürzlich einen Antrag der Handelskammer Elberfeld auf Mehrüberweisung von Kronen abgelehnt hat, weil der Gesamtvorath der Reichsbank an derartigen Stücken einen erheblichen Rückgang aufweise. In einzelnen Blättern wird dazu bemerkt, die Thatfache, daß eine Verstärkung des Umlaufs an Kronen unterbleibe, lasse auf vorhandene Goldknappheit schließen. Diese Folgerung entbehrt der Begründung. Die Neuprägung von Kronen setzt einen Vorbehalt des Bundesraths voraus. Der Bundesrath hat eine solche Neuprägung bisher beschlossen, sobald sich ein dahingehendes allgemeines und bringendes Verheirathungsbedürfnis herausmachte. Eine gewisse Zurückhaltung in der Vermehrung dieser Münzsorte ist rathsam erschienen. Bestimmend hierfür waren — abgesehen von der Rücksicht auf die relativ hohen Prägekosten — die Abzucht, auf eine thünlichst starke Verwerthung von Silbergeld im Verkehr hinzuwirken, und die Erwägung, daß die Kronen sich im Umlauf erfahrungsgemäß leichter abmühen als die Doppelkronen. Der verfügbare Goldvorrath würde eine Neuprägung jederzeit gestatten. Uebrigens ist gerade von bimetalistischer Seite die Einschränkung der Ausmünzung von Kronen wiederholt empfohlen worden. Beispielsweise äußerte sich Herr v. Kardorff in diesem Sinne in der Reichstags-Sitzung vom 6. April 1894.

Straßburg i. Elsaß, 3. März. In der heutigen Sitzung des Landesausschusses wurde die Frage der Einführung des Reichsgesetzes betreffend den Unterhaltungswohnort in Elsaß-Lothringen eingehend erörtert. Im Laufe der Debatte betonte Staatssekretär v. Puttkamer auf das bestimmteste die Dringlichkeit der Angelegenheit, welche hierauf an die Kommission zurückverwiesen wurde, damit sie bestimmte neue Vorschläge mache.

### Frankreich.

Paris, 1. März. Die Reise des Herrn Felix Faure nach dem Süden giebt den Gegnern der Regierung Anlaß, einen ganzen Schwarm theils aufregender, theils drohlicher Gerüchte aufzustoßen zu lassen. Herr Bourgeois sollte von einem zahlreichen Polizeipersonal begleitet sein, das den Auftrag hätte, auf den Wegen des Präsidenten der Republik das Ministerium und Herrn Bourgeois hochleben zu lassen, und da derartige Drohreden in Lyon thatsächlich laut wurden, so triumphirt der „Figaro“: „Die Statisten sind an der Arbeit! Auch einen Anarchistenanschlag haben die Rücksichtslosigkeiten entdeckt. Drei geheimnißvolle Spanier und ein romantischer Italiener sollten in Valence unter den verdächtigsten Umständen verhaftet worden sein. Der Italiener, ein 23-jähriger Bursche Namens Lorenz Camusso, wäre aus Marseille gekommen, hätte ein langes Dolchmesser und ein Aufschuß des Herrn Felix Faure bei sich gehabt und bei seiner Festnehmung Mordabsichten verrathen. Es war eine Geschichte, um den Leser das Grausen zu lehren. Heute wird erklärt, sie sei von Anfang bis Ende erfunden. Herr Felix Faure selbst scheint nie an sie geglaubt zu haben, denn in Lyon bewegte er sich unbefangen auf den Straßen und in den Räumen der Präfektur inmitten der Menge und gab nicht zu, daß die Polizei das Volk von ihm fernhält. Ein Zwischenfall in Xaroch wird in lächerlicher Weise dargestellt. Da war irgendwo ein uralter ehemaliger Soldat entdeckt und ausgegraben worden, ein 103-jähriger Mann, welcher vier Jahre lang unter Napoleon I. gedient und in der Schlacht von Waterloo mitgekämpft hatte. Bemerkenswerth an dem Fabelgewebe war, daß ihn die Militärs nach Waterloo für lungen-schwindsüchtig erklärt und seine Entlassung wegen Dienstunfähigkeit erwirkt hatten. Diesen Hundstodesthron stellten die Leute von Xaroch Herrn Felix Faure in den Weg, damit er ihm eigenhändig das Kreuz der Ehrenlegion an die Brust hefte. Man rechnete auf eine starke Wirkung dieser Zeremonie, sie hielt aber nicht, was ihre Veranstalter sich von ihr versprochen. Herr Faure hielt es für nöthig, an den Greis eine Ansprache zu richten. Er sprach zu ihm das tiefinnigste Wort: „Die Kämpfer von Waterloo sind nicht mehr zahlreich unter uns.“ Die Zuhörer sahen bei diesem Anspruch einander an und mer nicht gerade in der vorletzten Reihe stand, der lächelte wohl auch. Der Anbalde aber hatte offenbar die teuflische Ansprache nicht verstanden und man hörte ihn nur einige unartikulierte Laute ausstoßen, die ungefähr wie „Bawawaw“ klangen. Ein Grobknecht des Greises, der neben ihm stand, sagte sehr verlegen: „Mein Großvater hört nicht gut.“ Herr Faure ließ mit furchtbarer Stimme die Worte hervor: „Ich habe erst gestern den General Davout gesehen, unter dessen Oheim Sie gebirt haben!“ Der Greis schien auch diese Polamentöse nicht zu hören, wenigstens blühte er hilflos nach allen Seiten und stammelte wieder: „Wa wa wa.“ Jetzt gab Herr Faure es auf, dieser traurigen

Müne verständlich zu werden, und er heftete schweigend dem Alten das Kreuz an den Rock. Das machte ihn etwas ängstlich, was seinen Großneffen veranlaßte, ihm ins Ohr zu trompeten: „Es ist der Herr Präsident der Republik, er verleiht Ihnen das Kreuz!“ „Wa wa wa wa“, ließ sich der Greis vernehmen und seine Stimme klang beruhigter. Der Präsident ging weiter und der Alte wurde nach Hause gebracht. Mit solchen Auftritten sollte man das Staats-oberhaupt versehen. Sie tragen nicht zur Steigerung seines Ansehens bei.

### Italien.

Rom, 3. März. Anlaßlich des Jahrestages der Krönung des Papstes fand heute in der Sixtinischen Kapelle eine feierliche, von dem Kardinal Vanutelli geleitete Messe statt, welcher der Papst beizuohnte. Der Papst wurde bei seinem Erscheinen in der Kapelle und beim Verlassen derselben von der Menge lebhaft begrüßt. Das Befinden des Papstes ist ein ausgezeichnetes.

### England.

London, 3. März. Das „Meutische Bureau“ meldet in Bestätigung seiner Nachricht vom 26. v. M. aus Konstantinopel, den 3. d., daß dort nichts von der behaupteten Ernennung einer ministeriellen Kommission zur Aufstellung konkreter Vorschläge für die Regelung der Lage in Egypten bekannt sei. Bis her sei keine Kommission mit dieser Frage betraut worden.

### Amerika.

Washington, 3. März. Der englische Botschafter, Sir Pannecote, und der venezolanische Gesandte Andrade sind zur Regelung der Kuruzi-Frage in direkte Verhandlungen eingetreten.

### Die drohende Steuererhöhung.

Stettin, 4. März.

Wir wiesen in unserm gestrigen Artikel nach, daß wenn die Ausgaben für allgemeine Zwecke, welche, so weit sie nicht durch die eigenen Einnahmen der Stadt gedeckt werden, eigentlich auf Zuschläge zur Einkommensteuer angewiesen sind, durch letztere wirklich gedeckt werden sollen, das jetzige Verhältnis, in welchem nach unserer Steuerordnung die Zuschläge zur Einkommen- und zu den Realsteuern erhoben werden sollen, sich als ein gerechtes nicht aufrecht erhalten lasse.

Nicht minder ungerecht aber ist für Stettiner Verhältnisse auch die Art und Weise, in der hier die Gewerbesteuer erhoben wird. Denn es werden durch übermäßige Schonung der Gewerbesteuer Zahlenden insbesondere der Klassen 1 und 2 alle andern Steuerzahler Stettins auf das empfindlichste benachtheiligt.

Schon wenn die Gewerbesteuer nämlich nach den Vorschlägen des Magistrats von 150 auf 178 Prozent erhöht wird, bringt sie nach dem ziemlich richtigen Vorausschlag doch nicht mehr als 427 000 Mark ein. Setzt man nun aber in das Gegenkonto den Zuschuß von 416 765 Mark 95 Pf., den allein die Hafen- und Handelsanstalten erfordern, so ergibt sich, daß alles was die Gewerbesteuer der Stadt einbringt, beim Hafen und den Handelsanstalten wieder zugelegt wird. Dies Verhältnis wird in der Folge noch schlechter werden, denn die Einkünfte, welche die Gewerbesteuer der Stadt bringt, werden bei der jetzigen Veranlagung sehr langsam wachsen, die Zuschüsse zu den Hafen- und Handelsanstalten in jedem der nächsten beiden Jahre aber sehr schnell steigen und zwar jährlich um nicht weniger als 150 000 bis 200 000 Mark. Nun bleibt allerdings das Mittel übrig, die Hafen- und Vollwerthgelber zu erhöhen, und wohl oder übel wird man sich in Zukunft auch wohl dazu entschließen müssen. Aber selbst eine solche Erhöhung, die sich ja doch immer in gewissen Grenzen halten muß, wird nicht sehr viel einbringen, denn die ganzen Einnahmen aus Hafen- und Vollwerthgelbern betragen zusammen noch nicht einmal 300 000 Mark und eine Erhöhung selbst von 33 1/2 oder 50 Prozent würde höchstens 100 000 bis 150 000 Mark mehr ergeben. Das Facit, daß bei der jetzigen Art der Gewerbesteuer der Zuschuß allein zum Hafenkonto die ganze Gewerbesteuer und bald mehr als diese wegrift, bleibt immer dasselbe.

Nun scheint es uns doch nicht richtig, daß um dem Hafen- und Gewerbesteuern die ihm zukommenden Lasten zu erleichtern, allen Einnahmen unserer Stadt, insbesondere auch der arbeitenden Klasse, eine Viertheilung aufgelegt, oder aber auch den Hausbesitzern eine Umfahsteuer aufgeschwenkt werden soll! Der Handels- und Gewerbestand muß sich nicht mehr mit dem Gedanken vertraut machen, daß er die Lasten, welche er der Stadt verursacht, auch seinerseits zu tragen hat, und daß die andern Klassen der Steuerzahler, Arbeiter, Beamte, Hausbesitzer u. s. w. nicht bloß dazu da sind, um für ihn zu bezahlen. Der Gewerbestand kann das auch, denn der Gewerbe- und Handelsstand ist ohne Zweifel der reichste Stand in ganz Stettin, und es ist ihm in mindestens haben den Stände erhalten sollen, ihm etwas zu schenken!

Nun kann es keinem Zweifel unterliegen, daß der Gewerbe- und Handelsstand für den Hafen allein gerade zu stehen hat, denn abgesehen von Schiffsbauern, welche aber ihres geringen Einkommens wegen überhaupt keine kommunalsteuern geben, ist der Handels- und Gewerbestand der einzige, der vom Hafen Vortheile hat! Der Hafen wird nur für den Stettiner Handel- und Gewerbebetrieb gebaut, und deshalb hat auch der Handel- und Gewerbebetrieb die dadurch der Stadt entstehenden Lasten seinerseits aufzubringen.

Außerdem aber hat der Handel- und Gewerbebetrieb an einer Unmenge städtischer Aufwendungen, z. B. für Straßenreinigung, Straßenbeleuchtung u. s. w. u. s. w. ganz den gleichen, ja größeren Nutzen wie der Grundbesitz. Denn wenn man auch zugehen will, daß ohne Straßen keine Häuser gebaut werden können, so darf man nicht vergessen, daß die ersten Straßenherstellungs-



